

Handelsteil der Leipziger Monatschrift für Textil-Industrie

Zugleich: **Handelsblatt für die gesamte Textil-Branche.** **Allgemeine Zeitschrift für die Textil-Industrie** vormals „Die Textil-Zeitung“.
 Fachzeitschrift für die Woll-, Baumwoll-, Seiden-, Leinen-, Hanf- und Jute-Industrie, für den Garn- und Manufakturwarenhandel, sowie die Tuch- und Konfektionsbranche.
 Nachdruck, soweit nicht untersagt, nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

Organ der Sächsischen Textil-Berufsgenossenschaft. Organ der Vereinigung Sächsischer Spinnerel-Besitzer. Organ der Norddeutschen Textil-Berufsgenossenschaft.
 Schriftleitung, Geschäftsstelle u. Verlag: LEIPZIG, Dörrienstraße 9. Herausgegeben von Theodor Martins Textilverlag in Leipzig. Fernsprech-Anschluß: Nr. 1058. Telegramm-Adresse: Textilschrift Leipzig.

Diese Wochenberichte erscheinen jeden Mittwoch und bilden den Handelsteil der „Leipziger Monatschrift für Textil-Industrie“. — Der Preis für die „Leipziger Monatschrift für Textil-Industrie“ mit den vierteljährlich erscheinenden „Sonder-Nummern“ und den Beiblättern: Mus.er-Zeitung und Mitteilungen aus und für Textil-Berufsgenossenschaften beträgt für Deutschland und Österreich-Ungarn pro Halbjahr M 8.—, für die übrigen Länder pro Halbjahr M 12.50. Die „Wochenberichte“ können zum halbjährlichen Preise von M 7.— für Deutschland u. Österreich-Ungarn, für die übrigen Länder zum halbjährlichen Preise von M 10.— bezogen werden. In der deutschen Post-Zeitungspreislise sind die Monatschrift nebst Beiblättern (auf Seite 209) unter „Leipziger Monatschrift für Textil-Industrie“, die Wochenberichte (auf Seite 369) unter dem Titel „Wochenberichte der Leipziger Monatschrift für Textil-Industrie“ eingetragen. Die Bezugs-Gebühr ist im voraus zahlbar. Wenn ein Bezug spätestens einen Monat vor Schluß des Halbjahres nicht gekündigt wird, gilt derselbe als fortbestehend. — Die Anzeigen-Gebühr beträgt pro Feilzeile (3 mm hoch und 54 mm breit) oder deren Raum M 1.—, Stellengesuche 70 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Beilagen nach feststehendem Tarif.

Adresse für sämtliche Zuschriften und Geldsendungen: Leipziger Monatschrift für Textil-Industrie, Leipzig, Dörrienstr. 9.

Die sächsische Industrie und der Friedensschluß.

(Eine Kundgebung des Verbandes Sächsischer Industrieller.)
 In der am 2. Juli d. J. abgehaltenen Gesamtvorstandssitzung fand nach einer Ansprache des Vorsitzenden, Herrn Otto Moras, eine Erörterung der durch die Annahme des Friedensvertrages geschaffenen Situation und der Zukunftsaussichten für die sächsische Industrie statt. Der Vorstand stimmte den Ausführungen seines Vorsitzenden zu, daß, wenn der nunmehrige Friedensschluß auch eine gewisse Klärung gebracht habe, man doch nicht die furchtbaren Wirkungen, die dieser Friedensvertrag namentlich auf Handel und Industrie ausüben werde, übersehen könne. Für die Industrie bedeute die Annahme des Friedensvertrages eine ungeheuerere, in vielen Fällen wahrscheinlich überhaupt unerträgliche Belastung, auch sieht die Industrie alle ihre Hoffnungen, in absehbarer Zeit wieder als gleichwertiger Faktor auf dem Weltmarkte zu erscheinen, mit diesem Friedensvertrage völlig vernichtet. Selbst die geringen in den deutschen Gegenvorschlägen enthaltenen Erleichterungen sind von der Entente abgelehnt worden. Die Hoffnung, daß durch spätere Revision des Vertrages die von der Industrie unbedingt zu fordernde Betätigungsfreiheit und Selbstständigkeit auf dem Weltmarkte in finanzieller Hinsicht erreicht werden könnte, teilt der Vorstand nicht. Wenn auch viele Industrielle gegenwärtig niedergedrückt und verärgert sind, so hält der Vorstand es doch für seine Pflicht, darauf hinzuweisen, daß die sächsische Industrie zu tätiger Mitarbeit bei dem nun beginnenden Wiederaufbau Deutschlands bereit ist. Die sächsische Industrie muß und wird, wie zahlreiche Zuschriften an den Verband beweisen, im zähen Kampf gegen die sich turmhoch aufrichtenden Schwierigkeiten ihren Mann stehen, als Vorbedingung aber muß sie unbedingt verlangen, daß alle von ihr als unnötig bezeichneten zwangswirtschaftlichen Maßnahmen beseitigt werden, und daß die Bahn für die freie Betätigung des Unternehmergeistes, der Unternehmungslust, der Initiative, der Wiederanknüpfung der Beziehungen mit dem Auslande unverzüglich eröffnet wird. Auch sei die Hoffnung auszusprechen, daß es den besonnenen Kreisen der Angestellten und Arbeiterschaft gelingen möge, die in ihren Reihen eingerissene Disziplinlosigkeit, die in sinnlosen, das Wirtschaftsleben schwer schädigenden Streiks ihren Ausdruck findet, erfolgreich zu bekämpfen, um in gemeinsamer Tätigkeit unter Sammlung aller Kräfte den Wiederaufbau des tieferschöpften, in vieler Richtung, namentlich soweit die Kohlenversorgung in Frage kommt, zusammengebrochenen Wirtschaftslebens zu beginnen.

Der sozialistische Gedanke in v. Moellendorffs Denkschrift über die „Gebundene Planwirtschaft“.

Mit beredten Worten schildert die Denkschrift den Zustand chronischer Erschöpfung unseres Wirtschaftslebens. Rund zwei Millionen der arbeitskräftigsten Menschen hat uns die Kriegführung draußen gekostet. Überanstrengung und Unterernährung wirken desorganisierend und demoralisierend in der Heimat. Es muß mit dem dauernden Verlust wichtiger Teile des deutschen Wirtschaftsgebietes gerechnet werden. Auf dem verkleinerten und verarmten Deutschland ruht eine Schuldenlast, die in ihrer Höhe als grandios bezeichnet werden kann. Sehr mit Recht hebt die Denkschrift hervor, daß es äußerster Zusammenfassung aller Kräfte, unbedingter Sparsamkeit im Verbrauch und größtmöglicher Hebung der Produktivität bedarf, um dieses verarmte Land wieder hochzubringen. Das Allheilmittel dazu erwartet das Reichswirtschaftsministerium bekanntlich von der Durchführung der „Gemeinwirtschaft“. Es versteht darunter die zugunsten der Volksgemeinschaft planmäßig betriebene und gesellschaftlich kontrollierte Volkswirtschaft. Das Reichswirtschaftsministerium unterläßt zunächst eine starre Festlegung der Organisationsschemata und der

Kontrollmittel und begnügt sich mit der Aufstellung von, allerdings sehr eingehenden, Richtlinien. Alles was bisher von der sozialistischen Regierung geleistet worden ist, trägt nach der Denkschrift „den Stempel des Notkompromisses an sich und bezeugt im Lande Zweifeln an der Echtheit der Gesinnung“. Damit soll gebrochen werden und dem lauten Sozialismus, „der dem demokratischen Prinzip zuliebe schwer gelitten hat“, die Wege geebnet werden. Es bedarf „des unverblümten Bekenntnisses und Aufrufes zur sozialistischen Idee“. So verlangt die Denkschrift gebieterisch, daß es gelingen müsse, die Mittel zu vereinbaren, mit denen man „diesen Sozialismus“ durchführen will. Wie immer auch die verschiedenen in der Diskussion auftretenden Mittel heißen, allen gemeinsam ist die Absicht, die gesellschaftliche Kontrolle der Wirtschaft zu sichern.

Der Aufbau dieses ganzen Systems ist in Wirklichkeit nichts anderes als eine Fortführung der längst zur Unerträglichkeit gewordenen Kriegswirtschaft, die zu ihrer Zeit vielleicht notwendig war, deren Abbau aber und völlige Beseitigung längst von allen einsichtigen Kreisen gefordert wird. Die Wirtschafts-ideologie der Denkschrift ist ein Rückfall in den Zunftzwang des Mittelalters. Nicht nur Politiker aus dem bürgerlichen Lager, sondern auch sozialistische Volkswirtschaftler haben längst darauf hingewiesen, daß ein Experimentieren mit sozialistischen Wirtschafts-idealen zurzeit ein Ding der Unmöglichkeit ist und unsere Volkswirtschaft vollends zu Tode kurieren muß. Deutschland steht zurzeit an einem Scheidewege. Es muß sich entscheiden, ob sich das deutsche Volk aus der entsetzlichen Not der Kriegsjahre und seinem Zusammenbruch auf allen Gebieten zu intensiver Tätigkeit zurückfindet, oder ob die allgemeine Gleichgültigkeit gegenüber dem Gemeinwohl die herrschende Auffassung in Zukunft werden wird. In der neuen Zunftordnung, die die „Planwirtschaft“ mit ihren regulierenden Eingriffen auf allen Gebieten darstellt, können angespannter Fleiß und tätige Arbeitsfreude, die allein uns retten können, nicht gedeihen.

Das Solidaritätsgefühl, auf dem sich die Neuordnung aufbauen soll, hatte wohl für die mittelalterlichen Zünfte mit ihren eng beschränkten Verhältnissen Geltung, diese Traditionen fehlen jedoch der heutigen Generation. Der Egoismus läßt sich heute nicht mehr ausschalten, Mißbrauch der Organisation zur selbstsüchtigen Ausbeutung durch eine Sonderschicht an der Spitze Stehender kann nicht ausbleiben. Die Bürokratisierung des Wirtschaftslebens mit ihrer Kompliziertheit und Schwerfälligkeit muß jeden Betriebsfortschritt dauernd hemmen. Von einer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt kann unter der „Planwirtschaft“ keine Rede mehr sein.

Jetzt, nachdem die Kriegszeit mit ihrer öffentlichen Bewirtschaftung uns bis zum Überdruß dargelegt hat, daß u. a. eine enorme Warenverteuerung die Folge der gebundenen Wirtschaft ist, und wo alles darauf ankommt, durch eine Verbilligung der Selbstkosten unsere Zahlungsbilanz günstig zu beeinflussen und unsere Handelsbeziehungen mit dem Ausland wieder herzustellen, wirft das Reichswirtschaftsministerium einen Wirtschaftsplan in die Diskussion, über dessen Unmöglichkeit der einsichtige Wirtschaftspolitiker kaum zu debattieren braucht. Fraglos sprechen daher noch andere Motive mit, die das Reichswirtschaftsministerium zu dieser „positiven“ Leistung veranlaßt haben. Die politische Tendenz zieht sich durch die gesamte Denkschrift. Die bisherige Unfruchtbarkeit der neuen amtlichen Stellen soll durch die Denkschrift bemäntelt werden. — Anerkennenswert ist die Offenheit, mit der die Denkschrift zugibt, daß der Sozialismus „an ideeller Armut krank“, und daß daran die sozialistischen Parteien mitschuldig sind. Es fehlt ein festes und klares Wirtschaftsprogramm, nach dem sich jeder auf das einrichten kann, was die nächste Zukunft bringen wird.

Es mutet wie Hohn an, wenn die Denkschrift gegen das Nebeneinander der zahllosen amtlichen Stellen eifert, Einheitslichkeit in der wirtschaftspolitischen Betätigung verlangt und dringend eine sofortige Entbürokratisierung der Regierungsmaschine fordert, aber auf der anderen Seite unser gesamtes Wirtschaftsleben durch Regierungsmaßnahmen bürokratisieren will.

Zum Kapitel Zwangswirtschaft.

In der in Nr. 26 veröffentlichten Fortsetzung unseres Artikels: „Gegen die Zwangswirtschaft“ mußten wir auf ein Flugblatt einer „Vereinigung der Gegner der Zwangswirtschaft“ hinweisen, da in demselben hauptsächlich gegen ein Organ d. öffentlichen Bewirtschaftung in der Textilbranche